

23.05.2019

Kleine Anfrage 2554

der Abgeordneten Martin Börschel und Gabriele Hammelrath SPD

Pläne für den Zusammenschluss zwischen dem Universitätsklinikum Köln und den Kliniken der Stadt Köln

In Köln stehen seit einiger Zeit Überlegungen über einen Zusammenschluss zwischen dem Universitätsklinikum Köln und den Kliniken der Stadt Köln im Raum. Durch einen solchen würde einer der größten Klinikverbünde Deutschlands entstehen. Als Grund für die Fusion wird die problematische finanzielle Lage der Kliniken der Stadt Köln angeführt. Der Zusammenschluss würde Arbeitsplätze sichern und eine Privatisierung verhindern.

Laut Medienberichten soll es bereits erste Gespräche zwischen der Leitung des Universitätsklinikums und der Landesregierung gegeben haben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand der Gespräche zwischen dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft, dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Universitätsklinikum Köln?
2. Finden zwischen der Landesregierung, den genannten Ministerien und der Oberbürgermeisterin der Stadt Köln Gespräche über die Lage der Städtischen Kliniken statt?
3. Unterstützt die Landesregierung eine Fusion zwischen der Universitätsklinik Köln mit den Städtischen Kliniken oder bevorzugt die Landesregierung die Möglichkeit anders ausgestalteter Formen bzw. welcher Formen von Kooperationen in Köln?
4. Wie hoch waren die Investitionszuschüsse und Zuschüsse für Forschung seitens des Landes Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren?
(Bitte aufschlüsseln nach Jahren, Art und Ziel der Zuschüsse, d.h. getrennt nach Universitätsklinikum Köln mit allen verbundenen Unternehmen und nach den Städtischen Kliniken Köln)

Datum des Originals: 22.05.2019/Ausgegeben: 23.05.2019

5. Plant die Landesregierung einen Gesetzesentwurf, um eine Holding oder eine andere Form der Fusion dieser beiden Kliniken zu betreiben?

Gabriele Hammelrath
Martin Börschel